

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Völkwerf, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 185

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offsetgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Montag, den 10. August

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Heute die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages nahm den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien in beiden Richtungen an.

* Am 6. August ist allen noch in Deutschland verbliebenen polnischen Ökanten die Aufforderung von den Reichs- und preussischen Behörden zugegangen, Deutschland binnen 48 Stunden zu verlassen, da Polen mit einer gleichen Maßnahme gegen die Deutschen in Polen vorangeht.

* Der deutsche Botschafter v. Hoesch in Paris hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand, der sich am Montag nach London begibt.

* Die Franzosen haben in Syrien im Kampf gegen die aufständischen Druzen eine starke Niederlage erlitten.

Briands Reise.

Vor ein paar Tagen schrieb ein amerikanisches Blatt mehr deutlich und wahr als diplomatisch: „England wird am Rhein bezahlen müssen, was es in Vorderasien eintastet.“ Leider haben wir Deutschen seit Jahren nie erkannt, daß unsere Leiden, daß das Reparationsproblem keineswegs das Weltproblem ist, haben keine Augen dafür gehabt, daß es außer unseren Leiden, außer dem Reparationsproblem auch noch andere Fragen der Weltpolitik gibt, und daß für England auch noch Fragen, vielleicht sogar von größter Wichtigkeit, Gegenstand der Politik und damit — Lausobjekte sind. Die Vorgänge in Vorderasien, in China, in Nordafrika sind für die englische Politik am Rhein, sind vor allem für die ganze Frage des Sicherheitspaktes von vielleicht größerer Bedeutung als etwa Deutschland.

Wenn also Briand, der französische Außenminister, jetzt nach London fährt, um sich dort mit dem englischen Premier Baldwin über die Antwort auf die letzte deutsche Note über den Sicherheitspakt zu einigen, so müssen wir uns in Deutschland darüber klar sein, daß im wesentlichen machtpolitische Erwägungen bei den Beratungen eine wirkliche Rolle spielen werden. Natürlich wird man es nicht sagen, aber man wird nach diesem Grundsatz handeln. Und wenn der derzeitige belgische sozialistische Ministerpräsident Vandervelde an den Beratungen teilnimmt, was noch fraglich ist, wird auch er trotz aller humanitären Fragen lediglich diesen machtpolitischen Antrieben Rechnung tragen müssen.

Es interessiert wenig, ob Herr Briand seine Antwort schon fertig hat oder nicht. Glaubt eigentlich irgend jemand, sie werde sich erheblich von dem entfernen, was er uns als erste Antwort auf die Vorschläge des deutschen Memorandums vom Februar dieses Jahres geschrieben hat? Deutlich klaffe zwischen der englischen und der französischen „Auffassung“ der Spalte: deutlich war sichtbar geworden, daß England Frankreichs Garantiepolitik an der Weichsel nicht mitmachen wollte. Also muß es Frankreich einhandeln, muß der englische Ministerpräsident politisch gekauft werden. Man hat einige gute vorderasiatische Trümpfe, die man ins Spiel bringen kann. Also oft ist dieses Spiel gespielt worden, als daß wir Deutschen uns irgend welchen Illusionen hingeben dürften. Wie es an der Weichsel aussieht und aussehen wird, wie das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen auf absehbare Zeit sich gestalten wird, darüber gibt der Zollkrieg mit Polen und die Entwicklung der Ökantenfrage der Welt jede nur gewünschte Aufklärung.

Französische Nachgiebigkeit — das ist ein unmöglicher Begriff. Englisches Festbleiben in deutschen Interessen und für deutsche Interessen — das ist ebenso unmöglich. Schon jetzt spricht man in London davon, daß der Ausgang dieser politisch diplomatischen Kampagne nur ein Sicherheitspakt ist, der von Frankreich und England in London fabriziert, den Deutschen einfach diktiert werden wird. Daß man dann entrüstet auf Deutschlands üblen Willen hinweisen wird, wenn etwa wir uns weigern sollten, das Diktat zu unterschreiben, ist selbstverständlich.

Briands Reise kann also sehr wahrscheinlich nur das bringen, was die Reisen französischer Ministerpräsidenten nach London immer gebracht haben: siegreiche Durchsetzung des französischen Standpunktes, englisches Nachgeben trotz ausdrücklicher früherer Festlegung. Wenn aber der Sicherheitspakt so werden sollte, wie ihn Frankreich sich denkt, dann dürfte es in Deutschland wohl niemanden geben, der ein Interesse daran hätte, eine derartige Methode der Weltbefriedung mitzumachen.

Unterredung Briands mit Hoesch.

Außenminister Briand hat in Paris den deutschen Botschafter von Hoesch empfangen und mit ihm eine Reihe Fragen besprochen. Wie die Blätter berichten, stand die Unterredung mit der bevorstehenden Abreise Briands nach London im Zusammenhang. Der Außenminister legte Wert darauf, vor seiner Aussprache mit Chamberlain durch den deutschen Botschafter einige neue ergänzende Angaben über die Stellungnahme Deutschlands zu erhalten. Herr von Hoesch habe bei der Unterredung auch der Nennung Deutschlands über die bevorstehende Räumung Düsseldorf, Duisburgs und Ruhrort's Ausdruck verliehen.

Briand soll Montag nachmittag in London eintreffen. Die ersten Erörterungen seien für Dienstag vormittag angelegt worden. Briand beabsichtige, in London bis Donnerstag und wenn nötig noch länger zu bleiben. Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge hat Baldwin es im Zusammenhang mit Briands Besuch in der nächsten Woche für ratsam gehalten, eine Sonder Sitzung des Kabinetts zur Beratung von mit dem Sicherheitspakt zusammenhängenden Fragen für Dienstag einzuberufen.

Endkampf um die Steuern

Tel. Berlin, 8. Aug. Sämtliche Steuerföge und Finanzausgleich angenommen.

Schluß der Steuerberatung im Reichstage.

Der Protest gegen Polen.

OB. Berlin, 7. August.

In der auf die Rede Dr. Stresemanns über die Ökantenfrage folgenden Debatte äußerten sich noch vor dem Schluß der 113. Sitzung in der zehnten Abendstunde die Abgeordneten Buchholz (Z.), Dr. Haas (Dem.), Dr. Mittelmann (D. Rp.), Dr. Vredt (Wirtschaftsp.), Dr. Schulz-Bromberg (Deutsch.), v. Kamin (Völk.) und Landsberg (Soz.) zu der Angelegenheit vom Standpunkt ihrer Parteien aus, wobei es namentlich bei der Rede Landsbergs wegen seiner scharfen Angriffe auf die Rechtsparteien zu heftigen Unterbrechungen kam. Dann wurde die Besprechung der Ökantenfrage geschlossen und mit allen Stimmen gegen die Kommunisten folgende interfraktionelle Entschließung angenommen.

Der Reichstag protestiert gegen die von der Regierung der Republik Polen gegen die deutschen Ökanten rücksichtslos verfügten Ausweisungen. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß durch eine solche Verletzung unveräußerlicher Menschenrechte dem Frieden der Welt nicht gedient wird. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, auch weiterhin alle Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die polnische Regierung von der Fortsetzung einer so verderblichen Politik fernzuhalten und mit aller Kraft für das Wohl und die Zukunft der vertriebenen Deutschen zu sorgen.

Alle übrigen Anträge werden mit Ausnahme der der Völkischen und Kommunisten zurückgezogen. Die Anträge der letztgenannten Parteien werden abgelehnt. Die von den Abg. Gildemeister (D. Rp.) u. Gen. eingebrachte Novelle zur Verordnung über die Kraftfahrzeuggesetze wird ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen. Die Novelle zur Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird gleichfalls debattelos in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen.

(114. Sitzung.)

OB. Berlin, 7. August.

Das Haus begann heute die dritte Lesung der Steuerentwürfe. Präsident Löbe teilte den Beschluß des Ältestenrates mit, wonach bei der dritten Beratung jeder Fraktion eine Redezeit von insgesamt drei Stunden zugewilligt wird. Abg. Koenen (Komm.) protestierte gegen diese Beschränkung der Redezeit, während Abg. Müller-Kranen (Soz.) unter großem Lärm der Kommunisten den Vorschlag des Ältestenrates unterstützte. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Vorschlag des Ältestenrates angenommen.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben

leitete die Beratung mit Ausführungen ein, in denen er die große Bedeutung des jetzt vor dem Abschluß stehenden Steuerwerkes betonte. Dieses bezwecke den Abbau des aus schwerster wirtschaftlicher Not heraus geborenen Steuerhufens und den Übergang zu einer normalen Steuerwirtschaft. Die finanzpolitische Verantwortung für das Weiterleben eines Millionenvolkes gestalte nicht, bei der Gestaltung des Steuersystems nur an ein kurzes Jahr zu denken. Das System müsse vielmehr so fest gegüt und so entwicklungsfähig sein, daß es auch in den kommenden Jahren schwerer Lasten nicht verage. Die Anfallungspolitik sei lediglich vorsichtige Finanzpolitik.

Verständigungsvorschlag zum Finanzausgleich?

Das Hauptgewicht, fuhr der Minister fort, liegt im Finanzausgleich — das steuerliche Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. An der Quotenverteilung der großen Überweisungssteuern müsse er unbedingt festhalten. Aber von dem aufrichtigen Willen geleitet, den Wünschen der Länder entgegenzukommen und ihnen die Sorgen um ihren Haushalt und die Sicherstellung ihrer kulturellen und sozialen Aufgaben soweit zu erleichtern, als es vom Standpunkt des Reichs nötig sei, hätte er sich bereit erklärt, den Gedanken der Garantie für das Steueraufkommen der Länder weiter auszubauen. Das Reich wolle jetzt die Garantie übernehmen sowohl für das Aufkommen aus der Umsatzsteuer wie für die Gesamtsumme der Steuern.

Der eingegangene Kompromißantrag der Regierungsparteien gewährt den Ländern im Rahmen der Garantie des Gesamteinkommens von mindestens 2,1 Milliarden eine besondere Garantie des Umsatzeinkommens von 1,5 Milliarden.

Minister v. Schlieben schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, wenn jetzt dieses große Steuergeheugewerk abgeschlossen werde, so verdienen alle diejenigen Dank, die trotz aller Zweifel, mit dem Blick auf das große Ziel, es erreicht hätten, daß hier ernste und sachliche Arbeit geleistet worden sei für den weiteren Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Die Redner der Parteien.

Abg. Dr. Herx (Soz.) erklärte im Gegensatz zu der Rede des Ministers, daß die Steuervorlagen nicht das Werk sachlicher Notwendigkeit, sondern rein parteipolitischer Vereinbarungen seien. Das neue Steuergeheugewerk bringe eine starke Entlastung der Volksteuern, aber eine neue Mehrbelastung des Verbrauches. Dadurch werde bewirkt die Bildung großer Vermögens begünstigt, die Bildung kleiner erschwert. Kein Land der Welt habe eine solche unsoziale Steuergeheugewerk. Je niedriger das Einkommen, um so höher sei die prozentuale Steuerlast in Deutschland. Die Ruhrindustrie ließe in der Ruhrentschädigung ohne Wissen des Reichstages ein Geschenk von vielen 100 Millionen erhalten. Den Großlandwirten sei der Gesamtertrag der Landabgabe in voller Höhe zurückgezahlt worden. Die Lasten des Dawes-Guthagens sollen von den arbeitenden Massen allein getragen werden.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) vermehrte eine klare, grundsätzliche Darstellung der gesamten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Richtlinien der Finanzpolitik des Ministers. Wenn durch die jetzige Steuerpolitik die öffentlichen Kassen gefüllt, der Wirtschaft aber das Kapital weit über den Staatsbedarf hinaus entzogen werde, so sähe dieser Vorgang den von den Regierungsparteien so laut bekämpften sozialdemokratischen Anträgen außerordentlich ähnlich. Staat und Wirtschaft erfordern gebieterisch eine mögliche Abkehr von dieser Politik. Deshalb lehne die Demokratie die Vorlage ab.

Abg. Koenen (Komm.) sagte, daß die Regierung mit ihrer

Vorlage das Ziel erreicht habe, die Wirtschaft neuerlich zu entlasten, aber auf Kosten der Arbeitnehmer. Sozialdemokratie und Zentrum seien die eigentlichen Väter der Lohnsteuer, aus der jetzt der größte Teil der Staatseinnahme herausgeholt werde.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben meinte, es sei nicht möglich, jetzt einen langen Streit mit Zahlen zu beginnen. Die Forderung, mit den Überschüssen des letzten Jahres die kommenden Ausgaben zu decken, sei das Gegenteil einer vorsichtigen Finanzpolitik. Der Minister betonte, er bemühe sich nicht nur, die Einnahmen zu erhöhen, sondern auch die Ausgaben zu vermindern. Die Wirtschaft werde die ihr zugewiesenen Lasten mit Mühe und Sorge tragen, aber Deutschland habe doch nun den Krieg verloren und die Inflationszeit hinter sich.

Er sei durchaus damit einverstanden, daß der Etat erst in einigen Monaten verabschiedet werde. Zeige sich dann, daß neue erhebliche Überschüsse vorhanden seien, so sei die Regierung bereit, eine weitere Milderung der Steuern vorzubereiten.

Der Minister wandte sich schließlich gegen eine demokratische Entschließung auf Einsetzung einer Enquetekommission zur Prüfung des Verhältnisses zwischen Steuerleistung und Steuerkraft der Wirtschaft.

Staatssekretär Fischer führte in längerer finanztechnischen Ausführungen aus, daß es ein Irrtum sei, wenn man die Vereinbarung zwischen Reich, Reichsbank und Rentenbank als eine Art Geschenk an die Rentenbank betrachte.

Abg. Seiffert (Völk.) gab eine Erklärung ab, worin ausgeführt wird, die Steuervorlagen seien unannehmbar, weil sie bei der Umsatz- und bei den Verbrauchssteuern nicht den Abbau brachten, der angesichts der bevorstehenden Zollvorlage bringend erforderlich sei. Die Mietzinssteuer sei besonders unästhetisch und außerdem verfassungsändernd.

Abg. Dr. Brüning (Zentr.) wandte sich besonders gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Herx, wobei er darauf hinwies, daß die Steuerverhandlungen damit begonnen hätten, daß die Vertreter der Sozialdemokratie in scharfster Weise besonders Angriffe gegen das Zentrum gerichtet hätten. Der Wille zur Verständigung mit der Linken sei beim Zentrum vorhanden gewesen. Dieser Verständigungswille habe bei verschiedenen Abschlüssen auch Früchte getragen; wenn er aber an die Möglichkeit denke, daß das Zentrum mit Herrn Dr. Fischer und mit der Sozialdemokratie allein die Steuern machen sollte, so überlaufe ihn ein Grausen. Es sei auch vergebliche Liebesmüh, wenn die Sozialdemokraten versuchen, die christlichen Arbeiter vom Zentrum abzuwickeln. Wer darauf rechne, verkenne den tiefen Gegensatz, in dem die Psyche des christlichen Arbeiters zur sozialdemokratischen Auffassung stehe. (Beifall im Zentrum.) Wenn die Sozialdemokraten die Steuerfrage zur Agitation gegen das Zentrum benutzen wollten, so würde das Zentrum dem Volke sagen, daß die Sozialdemokraten, als sie in der Regierung saßen, eine ganz andere Steuerpolitik gemacht hätten. („Hört, hört!“ rechts.) Das Zentrum könne auch hinweisen auf die besonders unsoziale Art der Erhebung der Hauszinssteuer durch die preussische Regierung, in der die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß hätte.

Abg. Dr. Herx (Soz.) bestritt, dem Zentrum vorgeworfen zu haben, es hätte seine Grundsätze gegen einen Ministerposten verkauft. Er habe dem Zentrum nur die Gefahr zeigen wollen, die aus der Ähnlichkeit seiner Haltung mit der der Deutschenationalen erwachsen könnte.

Abg. Koenen (Komm.) bezeichnete die Auseinandersetzung zwischen Dr. Brüning und Dr. Herx als das wirkliche Ende des Volksbundes zwischen der Linken und dem Zentrum. Damit schloß die allgemeine Aussprache und es folgte die Beratung der einzelnen Steuergehe.

Dabei wurde in der Einkommensteuer u. a. auf Antrag Horstender (Bayer. Rp.) der steuerfreie Veräußerungsgewinn bei Gewerbebetrieben von 25 000 auf 10 000 Mark herabgesetzt.

Auf Antrag der Abg. Frau Behm (Dm.) wird mit Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten der Finanzminister ermächtigt, Bestimmungen darüber zu treffen, inwieweit bei den Heimarbeitern, deren Arbeitslohn die Freigrenze nicht übersteigt, der Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterbleiben hat.

Die Abstimmung.

In der Schlußabstimmung wurde das Einkommensteuergesetz in dritter Lesung gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen. Ohne wesentliche Debatte wurde auch das Körperschaftsteuergesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, ebenso die Vermögens- und Erbschaftsteuer und das Reichsbewertungsgesetz.

Nach der namentlichen Abstimmung über das letzte, das mit 361 gegen 56 Stimmen angenommen wurde, stellte Vizepräsident Graef fest, daß dieses Gesetz mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen sei. Es folgte die 3. Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Verhältnisse und des Verfahrens.

Bei diesem Abschnitt ist auch über die Umsatzsteuer mit verhandelt. Es blieb hier bei den Beschlüssen der zweiten Lesung. Dabei wird ein sozialistischer Antrag auf Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer mit 253 gegen 156 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Ebenso ein sozialistischer Antrag auf Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 %.

Bei der dritten Beratung des

Finanzausgleichs

begrüßt Abg. Keil (Soz.) die Zustimmung des Reichsfinanzministers. Der Redner erklärt sich für seine Freunde nunmehr mit dem Finanzausgleich einverstanden.

Gegen 10 Uhr vertagt sich der Reichstag nach längerer Debatte über sämtliche Steuervorlagen in dritter Lesung.

In namentlicher Abstimmung wird die

Hauszinssteuer

mit 225 gegen 173 bei 6 Enthaltungen angenommen. Auch der Finanzausgleich wird gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen angenommen.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr. Zweite Beratung der Zollvorlage.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der deutsch-englische Handelsvertrag angenommen.

Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages gab bei der Besprechung des deutsch-englischen Handelsvertrages Ministerialdirektor Ritter im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß England den Willen gezeigt habe, mit uns zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Der Vertrag schaffe die gegenseitige Meistbegünstigung, die wir bisher nicht hatten. Alle Sondermaßnahmen Englands gegen Deutschland seien, soweit sie den Handel betreffen, seit Abschluß des Handelsvertrages aufgehoben worden, und man könne für 1925 mit einer deutschen Ausfuhr nach England in Höhe von einer Milliarde Mark rechnen. Der Ausschuss genehmigte darauf den Handelsvertrag.

Ruhrkündigung in Berlin.

Die Berliner Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Not-Gold veranstaltete auf einem öffentlichen Platze eine Feier anlässlich der Befreiung des Ruhrgebietes von der französisch-belgischen Besatzung. Der frühere Reichskanzler Marx betonte als erster Redner die Notwendigkeit der Verständigungspolitik und des Völkfriedens und schloß mit den Worten: „Wir wollen weiter kämpfen für Frieden und Recht.“ Nach ihm sprachen der frühere Reichsminister Koch und der frühere preussische Finanzminister Lüdemann, der die Gedanken der Zuhörer auf die Optanten ausweiset, das „große Unrecht im Osten“, lenkte.

Die angeblichen 140 % Miete.

Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Nachricht, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Reuß aus dem Reichsbund deutscher Mietervereine erklärt habe, daß mit einer Dauermiete von 140 % zu rechnen sei, nicht richtig. Die Fragen der Wohnungswirtschaft würden im Reichsarbeitsministerium bearbeitet und nicht vom Reichswirtschaftsminister. Im Reichswirtschaftsministerium könne daher eine Erklärung der gedachten Art nicht abgegeben worden sein.

Denkschrift zur Lage des Ruhrbergbaues.

Der Verein für die bergbaulichen Interessen hat an den Reichskanzler eine Denkschrift zur Lage des Ruhrbergbaues gesandt. Die Regierung wird darin gebeten, den Bergbau, die Grundlage des Wirtschaftslebens, in seinen Bemühungen zu unterstützen und Ermäßigung der gegenwärtigen Steuerlast, Herabsetzung der Rohstofftarife, Abbau der sozialen Lasten auf ein tragbares Maß, Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitzeit und Beseitigung des Zwangsarbeitswesens.

Eine Erklärung des Abgeordneten von Guérard.

Der Zentrumsabgeordnete von Guérard hat in einer Zuschrift an ein rheinisches Blatt zur Frage der Wiederbesetzung des Ministeriums für die besetzten Gebiete folgende Feststellung gemacht: „Der Reichskanzler hat mit mir niemals ein Wort darüber gesprochen, daß ich Minister werden soll. Falls ich daher auch die Bemerkung, daß ich den Ministerposten nicht ablehne, habe. Ich würde aber auch niemals mich zur Annahme eines Ministerpostens ohne Zustimmung der Fraktion, der ich angehöre, bereit erklären.“

Belgien.

Ein Schiedsgericht für den Graff-Prozess. Der belgische Ministerrat behandelte die Frage des Schicksals der angeblichen Mörder des belgischen Leutnants Graff, der seinerzeit im besetzten Gebiet erschossen worden war. Das belgische Kriegsgericht in Aachen hatte seinerzeit deshalb mehrere Deutsche zum Tode verurteilt, während später ein Stettiner Gericht geflüchtete deutsche Schutzpolizeibeamte wegen derselben Sache zum Tode verurteilte. Die belgische Regierung will, wie es heißt, nunmehr die Angelegenheit einem deutsch-belgischen Schiedsgericht unterbreiten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat stimmte der vom Reichstag beschlossenen Verlängerung des Notetats bis Ende Oktober dieses Jahres zu.

Berlin. Der deutsche Gesandte in Bolivien Freiherr von Stengel ist aus Anlaß der Unabhängigkeitsfeier

Soliviens zum Vörschaffer in außerordentlicher Mission ernannt worden, um an den Feierlichkeiten teilzunehmen.

Strasbourg i. G. Zum erstenmal seit dem Friedensschluß sind reichsdeutsche Studenten aus Freiburg i. Br. hier eingetroffen. Sie wollen mit französischen Studenten Mäglichkeiten und Wege einer deutsch-französischen Verständigung und Versöhnung erörtern.

Paris. Gerichtsweise verlautet, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie noch vor dem 15. d. Mts. wieder aufgenommen werden sollen.

London. Auf der am 29. September in Liverpool stattfindenden Jahreskonferenz der „Labour Party“ (Arbeiterpartei) soll ein Beschluß über eine Namensänderung in „Sozialistische Partei“ gefaßt werden. Zahlreiche Zweigstellen der Arbeiterpartei fordern die Angliederung der kommunistischen Partei.

London. Nach der Unterhausdebatte über die Regierungsbill für die Kohlenindustrie erhielt das Kabinett mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum.

Rom. Die „Tribuna“ meldet aus Athen, daß die griechische Regierung in Italien 100 000 Mann-Sicherheitsgewehr bestellt habe.

Polenausweisungen aus Deutschland

Die Maßnahmen der Regierung.

Nach einer Meldung des deutschen Generalkonsulates in Posen ist am Nachmittage des 5. August allen noch verbliebenen deutschen Optanten, soweit sie zum 1. August abwanderungspflichtig waren, von den zuständigen polnischen Verwaltungsbehörden die schriftliche Aufforderung zugegangen, Polen binnen 48 Stunden zu verlassen, widrigenfalls sie polizeilich abgeschoben würden. Auf Grund dieser Meldung ist am 6. August von den Reichs- und preussischen Behörden dieselbe Maßnahme hinsichtlich der polnischen Optanten veranlaßt worden.

Nach halbamtlichen Meldungen sollen 1000 deutsche Landarbeiter-Optantenfamilien in Landarbeiterwohnungen untergebracht werden. Dafür sind bereits Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt worden. Etwa 500 Optantenfamilien sollen in den Wohnungen der rund 1500 polnischen Optantenfamilien, die Preußen verlassen, untergebracht werden. 1000 deutsche Optantenfamilien sollen neue Wohnungen erhalten.

Zur beschleunigten Herrichtung der Wohnungen hat das preussische Ministerium des Innern für jede Wohnung 2500 Mark und das preussische Wohlfahrtsministerium 4000 Mark Hauszinssteuerhypotheken bereitgestellt. Die in Frage kommenden Gemeinden haben mit der Annahme dieser Mittel (insgesamt handelt es sich um 6,5 Millionen Reichsmark) die Verpflichtung übernommen, die ihnen zugewiesenen Familien bis zur Fertigstellung der Neubauten vorläufig unterzubringen. An den Bauten wird bereits seit Wochen gearbeitet, so daß sie bald fertiggestellt sein werden.

Französische Niederlage in Syrien.

Die Druzen im Vormarsch.

Nach Berichten aus Jerusalem gelang es den aufständischen Druzen, bei den Kämpfen mit französischen Truppen Geschütze und Tanks zu erobern und die Stadt Saida, die Hauptstadt der Jebel-Druzen, einzunehmen. Ferner wird gemeldet, die Druzen hätten 100 mit Munition beladene Kamelkarren erobert. Die Franzosen sollen zahlreiche Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und sich nach Ezra zurückgezogen. Das bedeutet die Räumung des südlichen Teiles von Sauran.

Die französische Presse gibt zu, daß diese Nachrichten den Tatsachen entsprechen und daß das französische Außenministerium bereits eine Bestätigung hierfür erhalten habe, jedoch lägen bisher in Paris noch keinerlei genaue Nachrichten über die Höhe der Verluste an Menschen und Material vor.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 9. August 1925

Räumung.

Luc. 13, 32: Ich treibe die Teufel aus und mache gesund heut' und morgen.

Die Ruhr ist geräumt. Mit Genugtuung haben unsere Landesknechte die Fremden abziehen sehen. Jetzt sind sie

nicht mehr geknechtet unter deren Willkür, jetzt sind sie frei. Von denen wenigstens. Aber diese Räumung darf nicht die letzte sein. Wir haben auch da, wo die Fremden abgezogen oder gar nicht gewesen sind, schlimme Feinde im Lande alle diese vergiftenden und untätigen Elemente, die es bei uns übergenug und überall gibt. So zäh die Regierung gerungen hat um Räumung der Ruhr, so zäh sollte unser ganzes Volk darum ringen, daß mit denen ausgeräumt wird. Aber auch damit ist das Letzte, Notwendigste noch nicht getan. Wahre Freiheit und damit wahre Gesundung wird uns erst kommen, wenn wir in unserm Innersten, in den Häusern und Familien, in den eigenen Herzen den alten Geist austräumen, aus dem doch schließlich all die Auswüchse immer wieder herauswachsen. Und damit beginnt die eigentliche Räumung, die jeder in seinem Haus und in sich selbst vollziehen muß. Aber da zeigt sich nun etwas Seltsames: so wenig wir die Franzosen mit eigener Macht aus dem Ruhrgebiet haben hinausdrängen können, so wenig können wir mit eigener Kraft all diese schlechte Wesen aus uns selbst hinaus-schaffen. Das haben die größten und reinsten Menschen von jeher bekannt, ernst und ehrlich, daß sie es von sich aus nicht konnten, daß es nur einer in ihnen vermocht hat, wenn sie ihn hereinholten in ihr Leben: Jesus. Wenn doch alle unsere Volksgenossen das verstanden und so ihre höchste Pflicht gegen ihre Kinder und gegen ihre Familie und gegen unser Volk erfüllten, indem sie Jesus ins Haus holten in gemeinsamer Betrachtung und Andacht. Sie und wir alle würden es bald merken: er treibt die Teufel aus und macht gesund heut und morgen.

P. S. P.

□ Voller Kurs für Goldmünzen. Über den jetzigen Wert der alten deutschen Goldmünzen, die in letzter Zeit ab und zu im Verkehr erscheinen, sind verschiedentlich Zweifel aufgetaucht. Manche Geschäftslente wollen z. B. die alten Zwanzigmarkstücke nur zum Betrage von 19 bis 19,50 Reichsmark in Zahlung nehmen. Auf eine Anfrage hat nun die Reichsbank mitgeteilt, daß sämtliche Reichsbankanstalten die alten Goldmünzen zu 20 Mark zum vollen Werte in Reichsmarkgeldzeichen umtauschen, sobald die Stücke nicht gewaltsame Verminderung ihres Goldgehaltes aufweisen.

□ Halver, 8. Aug. In der letzten Sitzung der größeren kirchlichen Gemeindevertretung war, wie wir i. Zt. berichteten, beschlossen worden, in der Gemeinde Halver eine kirchliche Evangelisation abhalten zu lassen. Es war in Aussicht genommen, dafür den Pfarrer vom Diakonissen-Mutterhaus in Bethel bei Bielefeld, Herrn Pastor Isleib zu gewinnen. Leider hat nun Herr Pastor Isleib auf die an ihn gerichtete Bitte erwidern müssen, daß er durch seine Arbeit im Mutterhaus so in Anspruch genommen sei, daß er bis auf weiteres keine Evangelisationen übernehmen könne. Das Presbyterium wird bemüht sein, eine andere geeignete Kraft für die gegen Ende des Jahres oder zu Anfang des neuen Jahres in Aussicht genommene Evangelisation zu gewinnen.

□ Halver, 8. Aug. Wie wir hören, und bereits kurz mitteilen, ist Herr Superintendent Tuck in Lüdenscheid vor einigen Tagen erkrankt und beurlaubt. Der Herr Superintendent war auf einer Reise nach Attendorn begriffen, wo er an der 100-jährigen Jubiläumsfeier des dortigen Gymnasiums als ehemaliger Schüler des Gymnasiums und als Vertreter des Kirchentreffes Lüdenscheid teilnahm. Bald nach der Feier mußte er sich infolge nervöser Erschöpfung durch Ueberarbeitung zurückziehen. Seine Wiederherstellung wird einen längeren Urlaub erfordern. Wir wünschen dem Herrn Superintendenten, der auch in unserer Gemeinde bestens bekannt ist, baldige völlige Genesung.

□ Halver, 8. Aug. Die Vorprüfung zum Eisenbahnschaffner bestand der Eisenbahnbetriebsassistent Otto Unger von hier.

□ Halver, 8. August. Wie wir hören ist die ankündete Verlegung des Stationsmeisters Hönneken von Station Hahnenberg nach Station Halver von der Eisenbahndirektion rückgängig gemacht worden.

□ Halver, 8. Aug. Die Störungen in der elektrischen Licht- und Kraftzufuhr seitens des Elektrizitätswerk Markt scheinen zur Alltäglichkeit zu werden. Am Donnerstagabend wie auch am Freitagabend und Nachts war der größte Teil unseres Ortes ohne Licht. In letzter Zeit haben sich die Störungen sehr häufig wiederholt und wäre es angebracht, wenn das Werk

„Versagt heißt gar nichts. Daß den alten Onkel sitzen und kumm mit uns.“

„Der alte Onkel bin ich,“ mischte sich jetzt der Direktor ins Gespräch, „und wenn Sie sich so despektierlich über mich ausdrücken, dann werde ich auf andere Weise Rache an Ihnen nehmen.“

„Ich verstehe Sie schon,“ antwortete lächelnd der Oberförster, „Sie wollen meinen kleinen Jungen verbaugen.“ „Rein, das überlasse ich Herrn Dr. Müller, der ja von heute ab Ordinarius der Quinta ist.“

„Hast du nicht gesehen, da muß ich mich ja erst recht an dich halten, hau ihn, soviel du willst, aber recht kräftig, der Bengel kann's vertragen. Viel Verstand hat er nicht, aber dafür desto mehr Knochen und Muskeln wie sein Vater.“

„Stimmt,“ rief der Rechtsanwalt Prollius über den Tisch. Der Oberförster stieß ein paar mal seinen Stoch auf den Boden und drohte dann dem Juristen mit der geballten Faust.

„Komm du mir nur wieder zur Treibjagd, dich werd' ich anstellen.“

Dann wandte er sich zu Max: „Siehst du, so wird man auf seine alten Tage von dieser Gesellschaft eingelappt, und schließlich brauchen Sie mich doch alle. Da kommen sie aber nicht selbst, sondern schicken mir ihre Weiber auf den Nacken. Da heißt's dann zuckerfüß: Ach, lieber, bester Herr Oberförster, ich muß einen Rekrüden haben, ich muß, ich muß. Der Teufel soll's euch holen, wartet nur, ich tränk's euch ein. Hammel sollt ihr fressen statt Reh und alle meine Ragen statt Hagen.“

„Eine angenehme Aussicht,“ warf der Direktor ein. „Na Sie nicht, Direktorchen, mit Ihnen muß man sich halten, wenn's auch nur um den lieben Brut willen ist.“

„Wann bringen Sie denn Ihren Kleinsten?“

„Mebers Jahr kommt er. Er ist mir noch ein bißchen zart, und meine Alte will ihn noch ein Jahr zu Hause behalten.“

In diesem Augenblick fuhr ein Wagen vor den „drei Hagen“ vor und hielt.

„Geht ihr, da hat man's. Wenn man den Wolf nennt, fällt er in die Grube. Da ist sie schon und holt mich ab.“

(Fortsetzung folgt.)

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

8 Nachdruck verboten.

„Na, da bist du ja, wir haben schon jeden Tag von dir gesprochen zu Haus, meine Alte und ich, seitdem es im Amtsblatt gestanden hat. Herrgott, Mensch, wie du dich herausgemustert hast. Was warst du ein zartes schmales Bübchen, als wir noch auf den stillen Rinzigwiesen Lapsins geschossen haben.“ Dann klopfte er dem Direktor schwer auf die Schulter und fuhr fort: „Ordentlich hübsch geworden ist er, nicht wahr, Direktor?“

„Ja, alter Cicero, aber dabei brauchen Sie mir nicht die Schulter lahmzuschlagen.“

„Cicero?“ fragte erstaunt Max seinen Chef. Der lachte und antwortete: „Natürlich Cicero, der Ritter spricht ja überhaupt nur — Jägerlatein.“

„Nun hören Sie aber auf, Sie lebendige lateinische Grammatik, sagen Sie mir das nicht noch mal.“ Dann wandte er sich wieder zu Max, schüttelte ihm noch einmal die Hand, als ob er ihm den Arm aus dem Gelenk reißen wollte, und ließ sich neben ihm in den Stuhl fallen.

„Nun red' auch einen Ton und starre mich nicht so an, oder bist du stolz und übermütig geworden in den zwölf Jahren, die wir uns nicht gesehen haben?“

Max erinnerte sich nicht genau mehr, ob er sich mit dem damaligen schlanken und hübschen Forstassessor gebüzt hatte, aber es war wohl möglich, denn der Altersunterschied ist nicht allein maßgebend für solche Vertraulichkeiten in der Jugend. Vielleicht hatten sie, wenn sie in später Nacht oder am frühen Morgen mit der Büchse über der Schulter im stillen Wald gestreift waren, aus der Feldflasche Brüderlichkeit getrunken. Max konnte sich nicht mehr entsinnen, wie es gewesen war. Aber es hieß den Mann, den er in seinen Gedanken als seinen schlimmsten Gegner zu betrachten gewöhnt war, auf's Tiefste verletzen, wollte er sein herzliches Entgegenkommen nicht ebenso herzlich erwidern. Schließlich wußte der Oberförster ja auch wahrscheinlich gar nicht, daß er so furchtbar in das Leben Maxens eingegriffen hatte und eine Ablehnung des kameradschaftlichen Du hätte eine unnütze Verstimmung hervorgerufen.

Sp. Die Rhön-Regelung.

Sp. Die Rhön-Regelung. Von der Wasserleitung wird gemeldet: Karl der Große, der neue Planegger der alademischen Fliegergruppe Darmstadt, der 12 Quadratmeter Flächeninhalt besitzt, machte zwei längere Werkstättenflüge mit seinem 30-PS-Flugmotor. Zur Abgabe gelangten vorbestaltete sechs Segelflugszeuge, mit Vorbehalt zehn, mit beschränkter Flugdauer zwei, zusammen also 18 von 69 gemeldeten Maschinen.

Sp. Eine 74-jährige Tennisspielerin. Bei einem lokalen Tennisturnier in Eshire gewann eine gewisse Frau William Jones einen Preis. Die Dame ist nicht mehr ganz jung. Sie wird nämlich demnächst 74 Jahre alt und hat zwei Enkel, die schon erwachsen sind. Trotzdem ist sie noch so erstaunlich frisch und elastisch, daß sie ganze Nachmittage hindurch Tennis spielt, und zwar in den besten Stil und mit einer Kraft und Beweglichkeit, die viele Frauen nicht aufbringen, die noch nicht halb so alt sind wie sie.

Welt und Wissen.

w. Ehescheidungsstatistik. Nach den Angaben des statistischen Bureau der Vereinigten Staaten wurden im Jahre 1923 in Amerika über 165 000 Ehen geschieden: das bedeutet eine Ehescheidung auf je 7,5 Ehen. Im Jahre 1905 waren nur 68 000 Ehescheidungen ausgesprochen worden, so daß im Laufe von achtzehn Jahren die Zahl der Ehescheidungen um mehr als 140 % gestiegen ist, während die Bevölkerung nur um rund 30 % zugenommen hat. Die Zahl der Ehescheidungen wächst zurzeit vier- oder fünfmal so rasch wie die Bevölkerungsziffer. In der Schweiz, wo eine Ehescheidung ebenso leicht zu erreichen ist wie in den Vereinigten Staaten, trifft erst auf jede sechzehnte Ehe eine Ehescheidung. In anderen Ländern ist die Verhältniszahl noch geringer: in Frankreich eine Ehescheidung auf 21 Ehen, in Dänemark 1 zu 22, in Deutschland 1 zu 24, in Norwegen 1 zu 30, in Schweden 1 zu 33, in Großbritannien 1 zu 96, in Kanada sogar 1 zu 161. — Auch in Deutschland hat sich der Prozentsatz der Ehescheidungen nach dem Kriege auf ungefähr das Doppelte der Vorkriegszeit gestellt.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Schnelles Ende des Streiks im Expeditions-gewerbe.) Die überraschend in Streit getretenen Arbeiter des Expeditions-gewerbes haben sich mit ihren Arbeitgebern geeinigt, und zwar auf einer Grundlage, durch die die Wiederaufnahme der Arbeit umgehend erfolgen wird. Dagegen ist im Schwerindustrie-gewerbe ein Lohnkonflikt ausgebrochen. Die Führer der Arbeiter in Berlin und die in den Deutschen Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer haben ihren Tarifvertrag gekündigt. Die Arbeitnehmer stellen neue Forderungen, die in einem gefällten Schiedsspruch abgelehnt wurden.

Worms. (Beilegung des Worms-Heimer-Schmuckwaren-industrie-Streiks.) In zweitägiger Verhandlung der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Worms-Heimer-Schmuckwaren-industrie im Arbeitsministerium ist es jetzt zu einem Ausgange gekommen. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Essen. (Bisher 15 000 Bergarbeiter entlassen.) Das Landesarbeitsamt Westfalen, Abteilung Bergbau, in Bochum schätzt die erwerbslosen Bergarbeiter des Ruhrgebiets zurzeit auf rund 15 000. Es wird jedoch Mitte des Monats mit weiteren Entlassungen in Höhe von 13 000 Mann gerechnet.

Königsberg i. Pr. (Beilegung des Konflikts in der Holzindustrie.) Die Aussperrung in der ostpreussischen Sägewerksindustrie ist, nachdem in den Lohnstreitigkeiten eine Einigung herbeigeführt worden ist, aufgehoben worden.

Bochum. (Wiederinbetriebnahme von fünf Hochöfen.) Während man bisher fast ausnahmslos von Betriebsbeschränkungen im Bergbau hört, teilt die Verksleitung der Rombacher Hütte mit, daß im Laufe der nächsten Woche drei der außer Betrieb befindlichen fünf Martinöfen wieder angeblasen werden sollen.

Warschau. (Einigung in der ober-schlesischen Arbeitszeitfrage.) Zwecks Beilegung des Streites über die Arbeitszeitfrage in der ober-schlesischen Hüttenindustrie fanden hier zwischen Vertretern der ober-schlesischen Arbeiter und den zuständigen Ministern Verhandlungen statt. Die beiden Parteien einigten sich schließlich auf den Vorschlag der Regierung, wonach der Achtstundentag nach dem 10. August stufenweise eingeführt werden soll.

Berlin. (Der Arbeitsminister vermittelt im Bauarbeiterstreik.) Der Arbeitsminister hat die Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Baugewerbe zum kommenden Montag zu einer verbindlichen Besprechung eingeladen. Der Minister will den Versuch machen, eine Basis für Einigungsverhandlungen zu finden. In Berlin waren bisher rund 35 000 Bauarbeiter vom Streit betroffen. Im Reich sind etwa 60 000 Bauarbeiter vom Streit betroffen. Hier tritt die Aussperrung der noch arbeitenden etwa 400 000 Bauarbeiter erst am 15. August ein. Hoffentlich sind bis dahin die Differenzen beigelegt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Gustaf Nagel zu Gefängnis verurteilt. Der Wanderprediger und Naturapostel Gustaf Nagel, der bekanntlich unlängst fälschlich totgesagt worden ist, wurde vom Schöffengericht Salzwedel wegen schwerer Beamtenebeidigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

§ Zuchthaus für einen Räubersführer bei Erwerbslosen-unruhen im Jahre 1923. Das Heidelberger Schwurgericht verurteilte nach zweitägigen Verhandlungen den Arbeiter Ewald Hinzmann, der bei den Erwerbslosenunruhen in Heidelberg am 6. Dezember 1923 eine führende Rolle spielte und einen Schupobeamten aus dem Hinterhalt durch einen Revolvererschuss am Schenkel schwer verletzte, wegen Totschlagversuchs zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Der Oberstaatsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt.

§ Schnelle Justiz. Der Mörder des polnischen Polizeigenerals Gschowitsch, Botwin, wurde in Lemberg vom Standgericht zum Tode verurteilt. Da der Präsident der Republik das durch Fernsprecher übermittelte Begnadigungsgesuch verworfen wurde am gleichen Nachmittag das Urteil vollstreckt.

§ Französisches Kriegsgesichtsurteil. Das Kriegsgericht in Amiens verurteilte folgende sechs Deutsche in Abwesenheit zu 10 Jahren Gefängnis und 20 Jahren Aufenthaltsverbot. Die Hauptleute Sarfert, Bod und Henig, letzterer Notar in Berlin, sowie die Leutnants Red, Benzin und Blant. Die Angeklagten, die zu Anfang des Krieges im Schloß von Pont de Pierre und dann in dem Hause des Herrn Henot in Verbins einquartiert waren, sollen angeblich das gesamte Mobiliar, Wäsche, Silber und Kunstgegenstände weggeführt haben.

§ Freispruch in einem Mordprozeß. In der französischen Stadt Dijon hatte eine Frau, die ihren gewalttätigen Mann verlassen hatte, während eines Handgemenges, das ihr Vater mit ihrem Mann hatte, diesem mit einem Scheit Holz den Schädel zertrümmert, während ihr Vater ihm mit einem Rasiermesser den Hals abschnitt. Das Schwurgericht hat beide freigesprochen.

§ Fahrlässige Tötung. Das Schöffengericht Aachen verurteilte den Handlager Schürmann zu 6 Monaten Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung. Schürmann hatte einem Arbeitskollegen, der seine Kleider mit Benzin gereinigt hatte, ein brennendes Streichholz an den noch feuchten Anzug gehalten. Die Kleider gingen sofort in Flammen auf und der Mann erlitt tödliche Verletzungen.

§ Der Mörder des Verführers seiner Schwester freigesprochen. Das Schwurgericht in St. Etienne in Frankreich hat einen jungen Mann, der einen Freund erschossen hatte, weil er seine Schwester verführt hatte, freigesprochen, ihn aber wegen verbotenen Waffentragens zu vier Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt.

Kongresse und Versammlungen.

k. Vom Internationalen Esperanto-Kongreß. In Genf fanden die Kurse für Esperanto an der Hochschule ihr Ende. Im Anschluß daran fand eine große öffentliche Kundgebung zu Ehren Dr. Zamenhofs statt. Der Vertreter der tschechischen Esperantologia teilte mit, daß seine Regierung beschließen habe, bei der nächsten Konferenz der Internationalen Telegraphen-Union den Vorschlag zu machen, Esperanto als offizielle Sprache für den Telegraphenverkehr zuzulassen. Zwölf Staaten haben auf ihrem Gebiet Esperanto als offizielle Telegraphensprache bereits anerkannt, darunter Frankreich, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Ägypten, Rumänien. 1926 wird der Esperanto-Kongreß in Edinburgh, 1927 in Danzig und 1928 in Antwerpen stattfinden.

k. Tagung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft. Die 47. Tagung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft wurde in Halle eröffnet. Der erste Tag brachte 13 Vorträge, die fast das gesamte Gebiet der Anthropologie umfassen.

k. Der Deutsche Fliegertag in Böblingen. Der Deutsche Fliegertag in Böblingen nahm trotz des regnerischen Wetters einen schönen Verlauf und hinterließ bei den vielen tausend Zuschauern tiefe Eindrücke. Die Sturz- und Schrägläufe wurden von den bekannten Fliegern Raab und Kagenstein sowie von dem Fluglehrer Ring-Böblingen ausgeführt. Meisterknecht-Halle machte einen Fallschirmab-sprung aus etwa 800 Meter Höhe. Reichspräsident von Hindenburg hat folgendes Begrüßungsgramm gesandt: „Den zum Deutschen Fliegertag versammelten Angehörigen der alten Fliegertruppen sende ich in dankbarer Erinnerung an die ruhmreichen Kriegstaten der Fliegerwaffe und in aller Treue kameradschaftliche Grüße. von Hindenburg.“

Börse und Handel.

Starke Anspannung des Geldmarktes.

In der ganzen Woche nach dem Ultimo blieben die hohen Geldsätze bestehen (tägliches Geld 10—11 %, Monatsgeld 11—12 %), da sich die Großbanken so stark verausgabt haben, daß sie selbst als Geldsucher am Börsenmarkt auftreten, während sonst nur mittlere Banken und Produktenfir-men als Res-tanten erschienen und die Großbanken, ebenso wie die Preussische Staatsbank, als Abgeber in Frage kamen. Zurzeit bieten nur

die Preussische Staatsbank und drei altbekannte Berliner Privatbanken tägliches Geld zu den oben erwähnten hohen Sätzen an. Es wird darauf hingewiesen, daß die Großbanken ihre flüssigen Mittel im Augenblick einzig und allein dazu verwenden, den Rückgang der Effektenkurse durch einige Käufe etwas aufzuhalten (Interventionenkäufe). Ein großer Konzern — Otto Wolff — streitet zu großen Aktienverkäufen, um sich flüssige Mittel zu beschaffen. Diese Tatsache beunruhigt den ganzen Effekten- und Geldmarkt. Dazu kommt die wenig günstige Situation der Gesamtwirtschaft, die durch die wachsende Konsumziffer beleuchtet wird. Im Monat Juli wurden 797 Konsumkurse gegenüber 707 im Vormonat verzeichnet. Die Zweimonatsbilanzen der Banken zeigen, daß lediglich die Preussische Staatsbank mit einer Einlage von 806 Millionen Mark eine gute Liquidität aufweist. Die Sparbanken des deutschen Volkes, die im Juli 1914 eine Höhe von 22 Milliarden erreicht haben, bezeichnen sich heute nur auf 1,1 Milliarden Mark. Da im August Aufwertungsanleihen fällig sind und die Ernte finanziert werden muß, dürfte selbst der Börsengeldmarkt noch für einige Zeit seine starke Anspannung beibehalten.

Amstliche Berliner Notierungen vom 7. August.

* Börsenbericht. Die Börse eröffnete in unsicherer Haltung, ungünstig beurteilte man zunächst die fortschreitende Verkäufe bei Sinnes. Späterhin wurde das Bild etwas freundlicher, und vielfach waren kleine Kursgewinne zu verzeichnen. Der Markt der inländischen Anleihen war uneinheitlich, Kriegs-anleihe stellte sich auf 0,1975 %. Am Geldmarkt machte sich eine nicht unwesentliche Erleichterung bemerkbar, tägliches Geld stellte sich auf 9,5 bis 11 %, monatliches Geld auf 10,50 bis 11 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,37 bis 20,42; holl. Gulden 168,64—169,06; Danz. 80,77 bis 80,97; franz. Franc 19,67—19,71; belg. 19,03—19,07; schweiz. 81,47—81,67; Italien 15,22—15,26; schwed. Krone 112,76—113,04; dän. 95,58—95,82; norweg. 77,32 bis 77,52; tschech. 12,42—12,46.

* Preiserhöhung für Saarlöhle. Nachdem durch den Streit auf den Saargruben die Vergleute eine Lohnerhöhung erhalten haben, erfolgt mit sofortiger Wirkung die Erhöhung der Saarlöhlepreise um durchschnittlich 5 bis 6 %. Stück-lohle (Fein- und Feinstmühle) kostet 118 Franc, Kokslohle (Hohlröhre) 71 Franc, Förderlohle, beste Sorte, 89, Würfel, gewaschen, und Ruß 123 Franc. Der Kokspreis beträgt 137 Franc.

* Berliner Zuchtviehmarkt. (Amtlicher Marktbericht vom Magerviehmarkt in Friedrichsfelde vom 7. August.) Rinder- und Pferdemarkt. Der Auftrieb betrug: 497 Rinder, darunter 485 Milchkuhe, 12 Bullen, 133 Kälber, 482 Pferde. Das Geschäft verlief ruhig, die Preise blieben gegen den letzten Markt unverändert. Es wurden gezahlt in Reichsmark und je Stück: A) Milchkuhe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 400—570, 2. Qualität 260—400, 3. Qualität 200—280, Ausge-suchte Kühe und Kälber über Notiz. B) Tragende Färsen: 1. Qualität 250—450, 2. Qualität 166—280. Ausgesuchte Färsen über Notiz. — Am Pferdemarkt lauten die Preise in Reichsmark je Stück: für 1. Klasse 1000—1600, für 2. Klasse 700—1000, für 3. Klasse 400—700, für 4. Klasse 200—400. Das Geschäft verlief ruhig.

* Produktensbörse. Vom Inlande ist das Angebot auf sofor-tige und spätere Abladung sowohl in Weizen als in Roggen etwas größer und wenn auch für ersteren seitens Provinz-, für letzteren seitens hiesiger Mühlen Bedarf bleibt, so blieben die Gebote doch eher etwas niedriger als gestern. Für aus-ländischen Kraftweizen zeigt Schlessen einigen Begehr, Auf-stand verläuft dauernd Roggen nach Holland zu nachgiebigen Forderungen. Für Septembervorweizen ließ der Einfluß der Zollserwartung den Preis noch eine Kleinigkeit anziehen, während Oktober schwächer lag, so daß der Report von 4 auf 1 Mark zusammenging. Für Roggen blieb das handelsrechtliche Lieferungs-geschäft still, die Haltung matter. Gerste hat wohl etwas mehr, aber unregelmäßiges Geschäft. Daser in alter Ware knapp, in neuer etwas mehr offeriert. Mehl ruhig. Futtermittel still.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr. — in je 100 Kilogr. in Reichsmark.

	7. 8.	6. 8.		7. 8.	6. 8.
Weiz., m.ärl.	253-256	253-256	Weiz., f.ärl.	14	14
pommerscher	—	—	Roggl. f.ärl.	13,7-13,8	13,7-13,8
Noga, m.ärl.	190-196	191-197	Naps	355-360	355-360
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor-Erbf.	27-34	27-34
Futtergerste	—	—	ff. Speiseerbf.	25-27	25-27
Braugerste	192-200	190-198	Futtererbfen	23-25	23-25
Safer, m.ärl.	227-239	228-235	Beluschen	23-25	23-25
pommerscher	—	—	Merbobnen	—	—
westpreuß.	—	—	Widen	26-28	26-28
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	11,7-13,2	11,7-13,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	15,0-16,5	15,0-16,5
Bl. br. fr.	—	—	Sera-ella	—	—
Sad (feinst.)	—	—	Napskuchen	16,6-16,8	16,6-16,8
M.ärl. u. Not.	33,2-35,5	33,2-35,5	Leintuchen	23,6-24	23,6-24
Roggenmehl	—	—	Trockenschl.	12,2-12,5	12-12,3
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	22,4-22,6	22,4-22,6
Berlin fr.	—	—	Forlm. 30/70	10	10
Infl. Sad	27,5-29,2	27,5-29,2	Kartoffelst.	26,2-26,4	26-26,3

Schriftleitung Wth. Bell jr., Halver i. Westf.

Allen von Rheumatismus und Ischias

geplagten Mit-menschen teile ich mit, wenn Rückporto beigefügt wird, wie ich von meinem lang-jährigen Rheumatis-musleiden in kurzer Zeit geheilt worden bin. Aus Freude u. Dankbarkeit über meine Gesundheit habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, auf Wunsch allen leid. Mitmenschen mitzuteilen, was mir so schnell geholfen hat.

Gustav Wolter
Reichsbankbeamter a. D.
Berlin N 54
Zedenickerstr. 8a 3 Tr. I.

Die glückliche Geburt eines Töchterchens

zeigen hoch erfreut an

Paul Stork u. Frau
Louise geb. Lausberg.

Bremen, 7. August 1925.
Moselstr. 1.

Milchversandscheine

— mit und ohne Namensaufdruck —
— liefert schnell und billigt —
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Pfadfinder-Räder

Versand nur gegen Nachnahme.
Herrenräder M. 65.— 68.— 72.— 85.—
Damenräder M. 72.— 76.— 80.— 96.—
mit Freilaufnabenzahn M. 3,50 Aufschlag.
mit Freilauf u. Rücktrittbremse M. 14.— Anschl.
Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und
leiste für jedes Rad eine schriftl. 2-jährige Garantie gegen
Rahmen- und Gabelbruch.
Fahrrad-Mäntel M. 2,95 3,65 3,95 4,80
Fahrrad-Schläuche M. —,95 1,35 1,65
Verlangen Sie sofort kostenlos ausführlichen Katalog
über Nähmaschinen
Musik- u. Spielwaren
Emil Levy, Hildesheim.

Bausteinfabrik G. m. b. H. Kierspel w.

Telefon: Amt Meinerzhagen 102.

Lager am Wildenkühlen.

Holz-, Kohlen-, Baustoffhandlung. Hoch- und Tiefbau

Ziegelsteine	Rheinsand	Zement	Cementrohre	Spallerratten
Schwemmsteine	Putzsand	Sackkalk	Tonrohre	Dachlatten
Bruchsteine	Putzsand	Wellkalk	Krippenschalen	Schalbretter
Steinschlag	Blmskies	Löschkalk	Schweineerträge	Bord
Betonsplitt	Gartenkies	Wandplatten	Spülsteine	Bohlen
Cementdielen		Fußbodenplatten		Kirchensparren



Kohlen, Briketts, Eisen.
Herstellung schlüsselfertiger Bauten.

Gute Möbel

zu günstigsten Preisen und Bedingungen
wie Speise-, Schlaf- u. Herrenzimmer, Küchen,
Bettsstellen, Schränke, Ledersofas, Flugarde-
roben, Bücherschränke, Schreibtische, und alle
Einzelmöbel.

Jede Preislage
Reiche Auswahl
Gute Qualität
Bequeme Zahlung

Bachmann & Co., Barmen
Karlsstraße 31—33 — neben der Ruhmeshalle.

Inszerieren bringt Gewinn!

Motorräder

Zündapp, — Ardie,

B. M. W.

verkauft bei sehr günstigen

— Zahlungsbedingungen —

Alb. Linnepe, Halver.

Zigaretten

Rauch- u. Kau-

Tabak

Fr. Herm. Bohmer,

Schalmsmühle.

Holzriemscheiben,

Transmissionssteile

etc. sowie Kern-

leder-Treibriemen

liefern preiswert

Elektro-Motoren-

Reparatur - Werkstatt

Gebr. Turck, Halver

Berlinerstr. 20 Telefon 85

Einige Mädchen u. Frauen

für leichte, lohnende Arbeit

sofort gesucht.

Alfred Ködel,
Oberbrügge - Eyringhausen.

Mehrere Mädchen od. Frauen

und

jugdl. Arbeiter

von 15—18 Jahren

sofort gesucht.

Kaiser & Spelsberg,

Stollrohrwerke

Schalmsmühle.

Milch-

Zentrifugen,

Fabrikat Görike, Bielefeld

ab Lager lieferbar

Gustav Schröder,

Schalmsmühle.